

## AK-BUDGETANALYSE: VERGEBENE CHANCEN IN ZEITEN DER HOCHKONJUNKTUR

**Die AK hat das von der Regierung vorgelegte Doppelbudget für 2018 und 2019 analysiert: GewinnerInnen des türkisblauen Budgetkurses sind v.a. Unternehmen, insbesondere die Tourismuswirtschaft. VerliererInnen sind Beschäftigungslose, einkommensschwache Familien und Flüchtlinge.**



Langfassung  
der Analyse  
als Download

### ZAHLEN, DATEN & FAKTEN

Der kräftige Wirtschaftsaufschwung beschert dem Finanzminister eine komfortable Ausgangsposition: Der Anstieg des BIP um 3 % sowohl 2017 als auch 2018 verringert das Budgetdefizit deutlich. Steigende Beschäftigung und wachsende Einkommen erhöhen die Einnahmen, sinkende Arbeitslosenzahlen entlasten die Staatsausgaben.

- Für heuer plant die Regierung ein gesamtstaatliches Budgetdefizit von 0,4 % des BIP.
- 2019 ist ein Nulldefizit geplant.
- In den Jahren 2020- 2022 sollen Budgetüberschüsse erwirtschaftet werden.

Verantwortlich für die Verbesserung des Budgetsaldos sind die starke Konjunktur, die erfolgreiche Budgetpolitik früherer Regierungen und niedrige Zinsen.

### KEIN WENDEPUNKT IN DER BUDGETPOLITIK

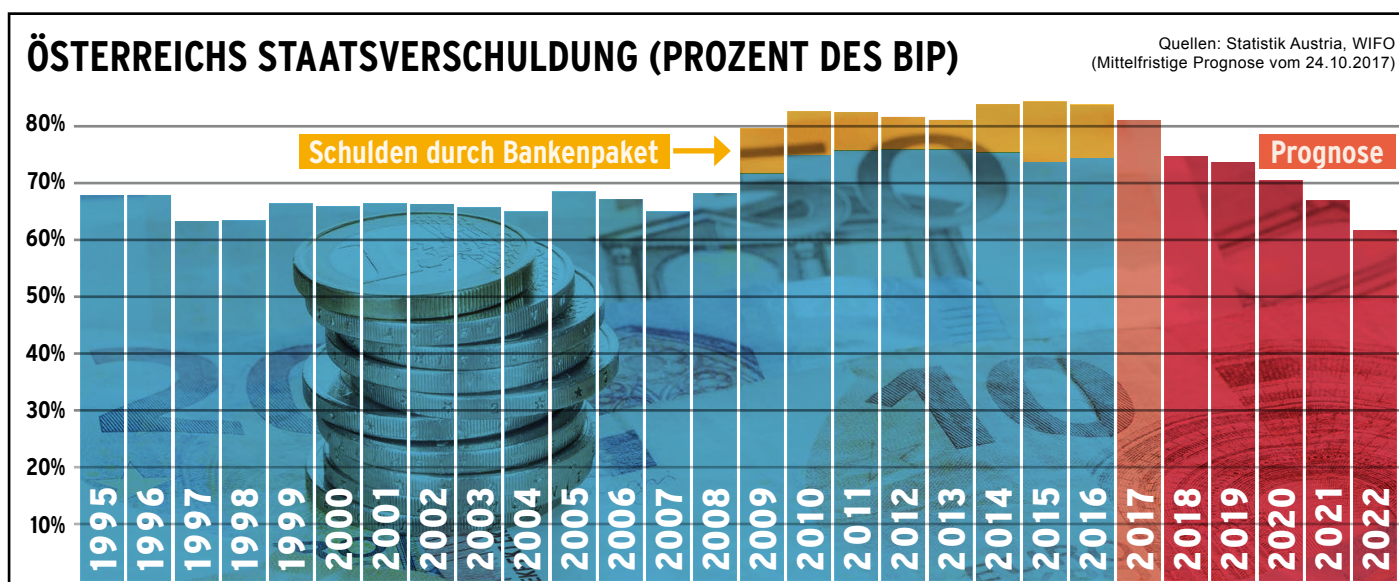
Nach Bereinigung um Konjunktur- und Einmaleffekte ergibt sich 2018 und 2019 ein strukturelles Defizit von 0,5 % des BIP. Der Pfad des strukturellen Defizits bis 2020 unterscheidet sich demnach nur wenig von jenem aus 2016.

### MOGEL-ÜBERSCHUSS IM JAHR 2019

Fragwürdig ist der Überschuss des administrativen Finanzierungssaldos des Bundes 2019. Er wird durch Maßnahmen zu Lasten anderer staatlicher Einheiten erreicht, die gesamtstaatlich keine Auswirkung haben, z.B.: höhere Ausschüttungen ausgegliederter Unternehmen an den Bund oder die Reduktion der BIG-Mieten.

### STAATSSCHULDEN SINKEN

Die Staatsschulden erreichten auf Grund der Bankenkrise (und notwendiger Bankenrettungen) 2015 das Rekordniveau von 84 % des BIP. Seit 2016 sinken sie kontinuierlich. 2018 sollen sie nur mehr 74,5 % betragen und im Jahr 2022 sieht der Strategiebericht eine Schuldenquote von 62 % des BIP vor.



## WO SPART DIE REGIERUNG?

- BEI (ÄLTEREN) ARBEITSLOSEN MENSCHEN:** Aktion 20.000 wird gestrichen, AMS-Budget wird gekürzt.
- BEI DER BILDUNG:** Ausbau der Ganztagesbetreuung wird verzögert, Mittel für Erwachsenenbildung und Lehre mit Matura werden gekürzt.
- BEI DER PFLEGE:** Abschaffung des Pflegeregresses wird Ländern nur zu kleinem Teil abgegolten.
- BEI INVESTITIONEN IN DIE INFRASTRUKTUR:** Investitionsvolumen der ÖBB wird zwischen 2018 und 2022 um 2 Mrd. gekürzt, negative Beschäftigungseffekte werden in Kauf genommen.
- BEI DER BEKÄMPFUNG DES STEUERBETRUGS:** Minus 171 Planstellen in der Finanzverwaltung bedeuten weniger Steuerprüfungen in Unternehmen.
- BEI FLÜCHTLINGEN:** Mittel für Integrationsjahr werden halbiert. Es gibt 80 Millionen weniger für Deutschkurse.
- BEI DER JUSTIZ:** 450 Planstellen in der Justiz werden gestrichen.

## WOHIN FLIESEN MEHR MITTEL?

- 1 MILLIARDE FAMILIENBONUS:** Steuer zahlende Familien mit Kindern werden entlastet. Aber: Die ärmsten Familien mit rund 150.000 Kindern werden nicht davon profitieren. 550.000 Kinder profitieren nur teilweise.
- 120 MILLIONEN FÜR DIE TOURISMUSWIRTSCHAFT:** Der Mehrwertsteuersatz im Tourismus wird von 13 auf 10 % gesenkt. Das bringt: Beträchtliche Gewinnsteigerungen für Tourismusunternehmen.
- SENKUNG DER KÖRPERSCHAFTSSTEUER (KöSt):** Für 2020 plant die Regierung eine milliardenschwere Entlastung von Kapitalgesellschaften oder Stiftungen durch eine Senkung der KöSt.
- INNERE SICHERHEIT:** Die neue Rekordbeschäftigung in der Bundesverwaltung (+3.191 Planstellen) geht v.a. auf eine massive Personalaufstockung bei der Exekutive zurück. Zusätzliche Planstellen gehen zudem an das Bundeskanzleramt und das Ressort von Vizekanzler Strache.

## WAS SAGT DIE AK?

Die ExpertInnen der Arbeiterkammer kritisieren **falsche Prioritäten** und sprechen von einem **Budget der vergebenen Chancen**.

- 1 Der Konjunkturaufschwung müsste für eine **Reduktion der Arbeitslosenzahlen** genutzt werden. Diese Chance lässt die Regierung aus. Sie kürzt im Gegenteil Mittel für das AMS.
- 2 Ein Konzept zur **Finanzierung der Pflege** bleibt die Regierung schuldig. Durch eine zweckgewidmete Erbschaftssteuer könnten 650 Mio. Euro für den Ausbau von Pflegeleistungen lukriert werden.
- 3 Durch Einsparungen in der Finanzverwaltung fährt die Regierung den **Kampf gegen Steuerhinterziehung** deutlich zurück. Zur Verdeutlichung: 2016 haben Steuerprüfungen Mehreinnahmen von 1,8 Mrd. Euro lukriert. Damit könnte jeder 3. Kindergarten und jede 3. Volksschule finanziert werden.
- 4 Der **Familienbonus** benachteiligt einkommensschwache Familien und **erhöht** den im internationalen Vergleich bereits überdurchschnittlich hohen **Anteil an Geldleistungen**. Mit denselben Mitteln könnte man 37.000 neue Plätze für die Frühförderung, ganztägig und ganzjährig geöffnete Kindergärten in ganz Österreich sowie das zweite Gratis-Kindergartenjahr für alle Kinder finanzieren.
- 5 Für **mehr Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich** fordert die AK die Einführung eines **Chancenindex** zur gerechten Verteilung der Ressourcen: Damit bekämen Schulen mit vielen benachteiligten SchülerInnen mehr Mittel und könnten Ungleichheiten durch mehr Förderangebote und Personal ausgleichen.
- 6 Der Staat verfügt über ein beträchtliches Vermögen (Infrastruktur, Unternehmensbeteiligungen, Finanzanlagen), das die Schulden deutlich übersteigt. Um diesen öffentlichen Kapitalstock für künftige Generationen zu sichern, bräuchte es angemessene **Nettoinvestitionen**, v.a. in den wachsenden Ballungsräumen.
- 7 Die angekündigte Verankerung einer **Schuldenbremse** in der Verfassung wäre ein Fehler. Sie würde Möglichkeiten des budgetären Gegensteuerns in Wirtschaftskrisen beeinträchtigen. Eine einseitige Fokussierung auf die Staatsverschuldung geht zulasten der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.